

haugr@gmx.de

Hallo Herr Haug,

ich schätze Ihr Engagement ja oft sehr, aber bei dem Fragebogen war meine erste Assoziation, dass er in dieser Form durch einen Übertragungsfehler zustande gekommen ist. Die weniger gute Assoziation Antworten, wie Sie hier vorgeben, entweder Ja oder Nein, ignorieren, dass manche Probleme komplex sind und es nicht immer einfache Antworten gibt, ignoriert letztlich das Politische Dazu kommt, dass „Einsetzen für“ bekanntlich ein weites Spektrum umfasst, extrem interpretationsfähig ist und gerade im Zusammenhang mit den scheinbar so klaren Antwortvorgaben jegliche Klarheit konterkariert.

Daher antworte ich jetzt nicht einfach durch Ankreuzen, sondern mit dem Versuch einer genaueren Positionierung.

Frage-Katalog des AK Globalisierung und Kommunalpolitik von Attac Mainz
<https://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=1205>

Name der Kandidatin/ des Kandidaten Rupert Röder

Partei: Bündnis 907 Die Grünen

Derzeitiger Listenplatz auf der Liste: 18

Frage 1: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Mainz künftig insbesondere in Fällen potentieller Wohnbebauung von ihrem im Baugesetzbuch (§§ 24 ff. BauGB) verankerten Vorkaufsrecht Gebrauch macht, oder hiervon lediglich gegen Auflagen Im Hinblick auf soziale und ökologische Standards, die der Investor zu erfüllen hat keinen Gebrauch macht?

Auf jeden Fall werde ich dies tun.

Ich bin strikt dafür, die rechtlichen ebenso wie die politischen Möglichkeiten zu nutzen, dass Flächen nicht insbesondere aus spekulativen Gründen unbebaut gelassen werden. Des Weiteren halte ich es für enorm wichtig, dass die Stadt ihren gestalterischen Möglichkeiten im Hinblick auf eine soziale und ökologische Stadtentwicklung vermehrt, indem sie auch jede sich bietende Chance ergreift, auch selbst über Flächen verfügen zu können; wobei diese dann aber nicht, wie derzeit die Befürchtung (s. Frage 2) bestehen muss, dann doch wieder an Investoren weiterzuverkaufen, die andere Ziele verfolgen.

Auf keinen Fall werde ich dies tun.

Frage 2: Werden Sie sich aktiv dafür einsetzen, dass es zu keinerlei Privatisierung öffentlichen Raums in Mainz kommt?

Auf jeden Fall werde ich dies tun.

Ich habe bereits in den Grünen Programmberatungen daran mitgewirkt, dass der entsprechende Grundsatz nicht nur vertreten, sondern auch klar im Programm steht. Selbstverständlich werde ich diese Position auch weiterhin verfechten. Aber wiederum selbstverständlich z.B. nicht in dem Sinn, dass es nicht dem öffentlichen Raum (insbesondere in der Qualität) förderliche Tauschgeschäfte geben kann.

Auf keinen Fall werde ich dies tun.

Frage 3: Werden Sie sich aktiv für die Verabschiedung einer Transparenzsatzung der Stadt Mainz einsetzen, welche im Wesentlichen analog zum Transparenzgesetz RLP Informationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger schafft (Hinweis: Dabei würde es selbstverständlich auch genügen, dass eine solche Transparenzsatzung künftig die Möglichkeit einräumt als Holschuld entsprechende amtliche Informationen auf Anfrage zu erlangen, ohne dass hierdurch eine Bringschuld der Verwaltung mit dem entsprechenden administrativen Aufwand konstituiert würde)?

Auf jeden Fall werde ich dies tun.

Nach meinem Verständnis schreibt das Landestransparenzgesetz die genannten Pflichten für die Kommunen bereits vor. Wie auch im Grünen Wahlprogramm steht, werden wir uns mit Nachdruck dafür einsetzen, diese Vorgaben Realität werden zu lassen.

Auf keinen Fall werde ich dies tun.

Frage 4: Werden Sie sich nach dem Vorbild anderer Kommunen (z. B. Heidelberg, Gießen etc.) für die Verabschiedung einer kommunalen Satzung zur Herbeiführung tatsächlicher Bürgerbeteiligung einsetzen, die sich nicht (erneut) in bloßen Alibimaßnahmen erschöpft, sondern echte Entscheidungskompetenzen einräumt?

Auf jeden Fall werde ich dies tun.

Auf keinen Fall werde ich dies tun.

Ich verstehe und teile die Frustration über den Ablauf des Ludwigstraßenverfahrens. Nur im Bezug hierauf kann von Alibiveranstaltung die Rede sein, beim Bibelturm gab es ja eigentlich nur Bürgerinformationen, aber keine Beteiligung.

Aber „Entscheidungskompetenzen“ hört sich am Ende nach Abstimmung an; und das macht es nicht notwendig besser, s. Bibelturm, s. S 21.

Ich trete für partizipative Verfahren ein, die einen sowohl tatsächlichen wie gefühlten Interessensausgleich erreichen können, jedenfalls in den überschaubaren Zusammenhängen einer Stadt. Das Beispiel in Mainz ist wohl der Straßenbahnausbau der letzten Jahre, dessen Planung letztlich in einem breiten Konsens zu einem im Wesentlichen gute Ende gebracht werden konnte. Um solche Verfahren bemüht sich die Stadt derzeit, das unterstütze ich auf jeden Fall.

VG

Rupert Röder